

Die Ablehnung der Kernenergie in Österreich: Ein Anti-Atom-Konsens als Errungenschaft einer sozialen Bewegung?

Florian Bayer*

Zusammenfassung

Der Beitrag stellt die Frage nach dem Verhältnis der Ablehnung der Kernenergie in Österreich und der österreichischen Anti-AKW-Bewegung. Die strikte Ablehnung von Nukleartechnologie wird meist als „charakteristisch für Österreich“ beschrieben, als „tief in der Bevölkerung verankert“ begriffen und mit Bezug auf die Geschichte der Kernenergie in Österreich, insbesondere dem Kampf um die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf, begründet. Nach einer neuerlichen Betrachtung der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung und der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf werden diese dem weiteren Verlauf der Debatte um den Umgang mit der Kernenergie im österreichischen Nationalrat gegenübergestellt. Dabei wird deutlich gemacht, dass die Kernenergiekontroverse in Österreich keineswegs im November 1978, sondern erst in Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl endete. Durch die detaillierte Betrachtung der weiteren Diskussion um die Atomkraft wird sichtbar, dass die gegenwärtige Ablehnung dieser Technologie als Teil der nationalen Identität in erheblichem Ausmaß durch den Parteien- und Verbändestaat geprägt wurde und weniger durch die Anti-AKW-Bewegung oder die österreichische Bevölkerung.

Schlagwörter: Atomenergie, Österreich, Zwentendorf, Anti-Atom-Konsens, nationale Identität

The rejection of nuclear energy in Austria: An anti-nuclear-consensus achieved by a social movement?

Abstract

The paper discusses the relationship between the rejection of nuclear technologies in Austria and the Austrian anti-nuclear movement. Rigorously rejecting nuclear technologies is considered a characteristic of Austrian national identity. Understood as deeply rooted in Austria's population, "being anti-nuclear" is perceived to be Austrian because of Austria's history, especially the controversy over the commissioning of the nuclear power plant in Zwentendorf. First the history of nuclear energy in Austria and the referendum on the commissioning of the nuclear power plant in Zwentendorf are revisited. Afterwards these events are contrasted with the discussion on nuclear energy within the Austrian national assembly in the following years. In doing so the paper reveals that the controversy continued until the explosion of the nuclear reactor in Chernobyl. The analysis of the last years of the nuclear controversy and its ending demonstrates how the contemporary rejection of nuclear technologies was mostly shaped by actors and specific dynamics of Austria's two party system and corporatist bodies. The anti-nuclear-consensus is mostly the result of top-down processes and not the achievement of the anti-nuclear movement or "the Austrian population."

Keywords: nuclear energy, Austria, Zwentendorf, anti-nuclear-consensus, national identity

* Florian Bayer, Universität Wien, bayerflo@gmx.net. Der vorliegende Beitrag basiert auf den Arbeiten zu meiner im Frühjahr 2013 an der Universität Wien eingereichten Diplomarbeit. Insbesondere der letzte Teil (Kapitel 6) beruht auf Auszügen einiger Ergebnisse der im Rahmen der Diplomarbeit durchgeführten Analyse der Protokolle des österreichischen Nationalrats von 1978 bis 1986.

1. Einleitung

Die mehrheitliche Ablehnung der Kernenergie in Österreich wird im Allgemeinen als selbstverständlich angenommen beziehungsweise als das Resultat des „erfolgreichen Kampfes“ um die Nichtinbetriebnahme des fertiggestellten Kernkraftwerks Zwentendorf gedeutet. Mitte der 1990er-Jahre wurde erstmals darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung um das Atomkraftwerk Zwentendorf seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Rahmen einer Inszenierung als Anfangspunkt der österreichischen Anti-Atom-Politik mythologisiert wird (Weingand 1995). Susanne Breuss, Karin Liebhart und Andreas Pribersky (1995) haben relativ zeitnah festgehalten, dass in Österreich nationale Identität stark an Natur und Landschaftsbilder gekoppelt werde, und dass sich die ÖsterreicherInnen vor diesem Hintergrund seit den Ereignissen in Tschernobyl zugutehalten würden, gegen die Atomenergie aufgestanden zu sein und diese in weiterer Folge beim Referendum abgelehnt zu haben.

Zur Jahrtausendwende wurden von HistorikerInnen der Universität Wien über Umfragen in der Bevölkerung zentrale Momente der österreichischen Erinnerungskultur sowie Gedächtnisorte erhoben, ehe diese einer genaueren Untersuchung unterzogen wurden. Im Rahmen dieses Projekts hat Gerhard Strohmeier (2004) auf die Rolle des nicht in Betrieb genommenen Reaktors in Zwentendorf als Gedächtnisort für den Beginn einer konsensual getragenen Anti-Atom-Politik hingewiesen. Wenig verwunderlich sind entsprechende Inszenierungen durch AkteurInnen der österreichischen Anti-AKW-Bewegung, in deren Erinnerungsliteratur noch weitaus stärker auf den Zusammenhang von Anti-AKW-Bewegung, Nichtinbetriebnahme des AKW Zwentendorf und einen entstehenden Anti-AKW-Konsens verwiesen wird (siehe Weish 1998; Halbrainer et. al. 2008). Zuletzt wurde von Ulrike Felt (2013) herausgearbeitet, inwiefern der Widerstand gegen das AKW Zwentendorf als identitäts- und sinnstiftender Bezugspunkt im Umgang mit neuen Technologien in Österreich rezipiert wird.

Im Folgenden wird die Geschichte der Einführung der Kernenergie, die Entstehung der Anti-AKW-Bewegung und deren Kampf gegen die Atomenergie bis in den Herbst 1978 genauer in den Blick genommen. Nach einer Bewertung der Bedeutung der österreichischen Anti-AKW-Bewegung wird der weitere Umgang mit der Frage Atomenergie bis zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl untersucht, um das Verhältnis zwischen

Anti-AKW-Bewegung und Anti-Atom-Konsens in Österreich deutlicher zu erfassen.

Die Einführung der Kernenergie wird dabei nach Hård und Jamison (Hård/Jamison 2005) als gesellschaftlicher Aneignungs- und Durchsetzungsprozess von Wissenschaft und Technik begriffen: Technologien müssen im Laufe ihrer Implementierung mit Bedeutung versehen und gesellschaftlich verankert werden, um auf Akzeptanz und Zustimmung zu stoßen. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die Arbeiten von Gabrielle Hecht (Hecht 1998), die für den diskursiven Teil dieses Prozesses die starke Verwobenheit in der Produktion von Technologievorstellungen und nationaler Identität herausgearbeitet hat. Die Frage der Kernenergie in Österreich erscheint in diesem Licht als Prozess der gescheiterten Aneignung beziehungsweise Durchsetzung: Bis Mitte der 1970er-Jahre war die mehrheitliche Zustimmung zur Atomkraft, vermittelt durch Parteien- und Verbändestaat, ungebrochen. Anschließend wurde diese durch die Anti-AKW-Bewegung infrage gestellt und in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. Ab Herbst 1978 war die Entscheidung um die Atomkraft wieder fest in parteipolitischer Hand. Die Analyse des weiteren Umgangs mit der Kernenergie im österreichischen Parlament zwischen 1978 und 1986 zeigt dabei, dass die Ursprünge der gegenwärtigen Ablehnung der Kernenergie stark durch die parteipolitische Auseinandersetzung geprägt wurden und weniger durch eine kritische Öffentlichkeit oder die Anti-AKW-Bewegung. Die Kernenergie wurde in diesem Prozess in ihren Bedeutungen und Zuschreibungen sehr unterschiedlich dargestellt: Bis in die 1980er-Jahre wurde sie immer wieder als zukunfts-trächtige Technologie des Fortschritts imaginiert, ehe seit Tschernobyl ihre strikte Ablehnung zur „fortschrittlichen Position“ der ÖsterreicherInnen umgedeutet wurde und wird.

2. Zur Einführung der Kernenergie in Österreich

Mit dem Einsatz der Atombombe in Hiroshima und Nagasaki endete der Zweite Weltkrieg, während sich die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zum Kalten Krieg verdichteten. Vor diesem Hintergrund begann die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie ihren vorübergehenden Siegeszug. Der Krieg hatte die Wissenschaften in Europa in eine verheerende Lage gebracht, vor allem die Vereinigten Staaten setzten im Kontext des *European Recovery Program* auf einen gezielten Wiederauf-

bau und eine enge Zusammenarbeit mit europäischen WissenschaftlerInnen: Die Kernphysik wurde Teil der Westintegration der neuen europäischen Staatenwelt. Das Wiedererstarken der europäischen Wissenschaften sollte unter anderem den wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützen (vgl. Krige 2006a: 1-56). Solange das amerikanische Monopol auf Atomwaffen bestand, unterlag auch der Austausch wissenschaftlicher Informationen und wissenschaftlichen Materials strengen Auflagen. Der Kooperation in der Kernphysik blieben enge Grenzen gesetzt. Die Wende brachte schließlich das *Atoms for Peace*-Programm von Präsident Eisenhower im Jahr 1953, dessen Auftakt seine Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen markiert (Eisenhower 1953). Nunmehr sollte eine offene Zusammenarbeit mit verbündeten Nationen die Interessen der Vereinigten Staaten sichern und der friedlichen Nutzung der Atomkraft zum Durchbruch verhelfen (vgl. Krige 2006b).

Der Auftakt zum Atomprogramm der Zweiten Republik vollzog sich direkt nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit den ersten Bestrebungen zur Gründung der Studiengesellschaft für Atomenergie (SGAE), es folgte die Errichtung des Forschungszentrums Seibersdorf und die Inbetriebnahme von mehreren Forschungsreaktoren.¹ In ihren Anfängen wurde die Atomenergie in Österreich vor allem durch die Wissenschaften und die Politik forciert, die E-Wirtschaft zeigte sich ob der noch ausbaufähigen und billigen Möglichkeiten zur Stromproduktion mittels Wasserkraft sowie fehlender Uranvorkommen zögernd (vgl. Kuchler 2012a).

Grundlage für die Einführung der Kernenergie bildete eine gesamtwirtschaftliche Perspektive: Österreich befand sich nach Meinung entscheidender Akteure im europäischen Vergleich im Hintertreffen, die zügige Einführung der Atomkraft sollte die Teilhabe Österreichs an diesem zukunftssträchtigen Wirtschaftssektor sichern, langfristig niedrige Strompreise garantieren und somit zu Wirtschaftswachstum und der Sicherung der Beschäftigung beitragen (vgl. Kok 1991; Preglau

¹ Die Geschichte der österreichischen Atomprogramme wurde von Christian Forstner (2012) dokumentiert; eine Darstellung zur Geschichte der „Ankunft“ des Atomzeitalters und den Bestrebungen zur Einführung der Kernenergie hat auch Andreas Kuchler (2012a) vorgelegt. Zur Rolle ehemaliger konservativer und nationalsozialistischer Eliten siehe Reiter und Schurawitzki (2005). Eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse/Entscheidungen bietet das Demokratietzentrum (2013).

1994). Die Entscheidung zur Elektrizitätserzeugung mittels Kernenergie fiel also auf der Grundlage des großkoalitionären Konsenses in der Wirtschaftspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit (vgl. Tálos 1995). Umgesetzt wurde dieser in enger Kooperation zwischen Parteien- und Verbändestaat im Rahmen der Sozialpartnerschaft, die auch während der Alleinregierung Klaus den Fortbestand einer parteiübergreifenden, konsensorientierten Politik sicherte (vgl. Gehler 2006). Kurz gesagt handelte es sich also um eine unumstrittene Entscheidung. Ökologische Bedenken spielten auch im Laufe der 1960er-Jahre noch keine Rolle, die Kernenergie galt als fortschrittliche Zukunftstechnologie, Risiken und Gefahren durch ihre Verwissenschaftlichung kontrolliert und beherrschbar (vgl. Lackner 2000: 216ff). 1967 wurde mit einer Atomstrom-Enquete der Startschuss für den Bau des ersten Kernkraftwerks in Österreich gegeben, die Auseinandersetzung um den Standort für das prestigeträchtige und Arbeitsplätze schaffende Projekt entschied der niederösterreichische Landeshauptmann Maurer (ÖVP) für sich. Das Projekt genoss, von vereinzelt frühen KritikerInnen abgesehen, eine breite Zustimmung. Laut Andreas Kuchler positionierten sich noch in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre über fünfzig Prozent der regionalen Bevölkerung positiv zum Kraftwerk, während diesem mehr als dreißig Prozent gleichgültig gegenüberstanden: Die Zustimmung einer breiten Mehrheit war also gewiss (Kuchler 2012c: 234ff).

3. Widerstand gegen AKWs in Österreich: ein Überblick

Der Protest gegen die Atomenergie begann auch in Österreich auf lokaler Ebene. Nachdem 1969 Zwentendorf als Standort für das erste österreichische AKW feststand, wurde von UmweltaktivistInnen 1970 eine Sternfahrt mit rund 200 TeilnehmerInnen nach Zwentendorf organisiert (vgl. Brandstätter et. al. 1984: 159). 1972 erschien Walter Soyka mit über 900 Vollmachten zur Bauverhandlung in Zwentendorf, um gegen das geplante AKW vorzugehen. Sein Protest wurde schlussendlich von der Staatspolizei durch Verweis des Saales unterbunden (vgl. Moosbrugger 2012: 75ff). Zwischen 1973 und 1975 formierte sich in Vorarlberg Widerstand gegen das nur wenige Kilometer von Feldkirch entfernte Kraftwerksprojekt Rüthi in der Schweiz. Die Anti-AKW-AktivistInnen bekamen starke Unterstützung durch die *Vorarlberger Nachrichten*, den Höhepunkt der Proteste bildete eine Demonstration mit rund

20 000 TeilnehmerInnen. Als Folge dieser Aktivitäten sah sich die österreichische Bundesregierung gezwungen, gegen das Projekt Stellung zu beziehen. In denselben Zeitraum fällt die Mobilisierung gegen das zweite österreichische AKW, welches im oberösterreichischen Stein/St. Pantaleon geplant wurde. AtomkraftgegnerInnen gelang es, das Projekt so lange zu thematisieren, bis der Bau zunächst aufgeschoben und in weiterer Folge ganz fallen gelassen wurde (vgl. Brandstätter et al. 1984; Kitzmüller 1979).

Bis Mitte der 1970er-Jahre waren Proteste gegen Atomkraftwerke nahezu ausschließlich konservativ geprägt (vgl. Natter 1987: 151ff). Akzente setzten vor allem der „Weltbund zum Schutz des Lebens“ und sich als unpolitisch verstehende Natur- und UmweltschützerInnen (vgl. Straubinger 2009: 65-75). Die Auseinandersetzung um den Standort Stein/St. Pantaleon markiert Robert Foltin zufolge den Beginn des linken Engagements in Bezug auf die Kernenergie, durch die Beteiligung des Kommunistischen Bundes Linz (vgl. Foltin 2004: 110).

Zwei punktuelle Ereignisse dienten der Bewegung im Jahr 1975 als Katalysator: Im Süden der Bundesrepublik Deutschland besetzten mehr als 28 000 DemonstrantInnen den Bauplatz des baden-württembergischen AKW Wyhl, was viele linke AktivistInnen ihre Vorbehalte gegenüber den Natur- und Lebensschützern hintanstellen ließ, die Zeit für den „Durchbruch [...] zur Volksbewegung“ schien gekommen (vgl. Svoboda 1998: 143). Das Thema genoss eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit, und die anhaltende Diskussion über den Standort Stein/St. Pantaleon erforderte schließlich im Wahlkampf zum Nationalrat eine Positionierung seitens der Bundesregierung. Am 22. April 1975 erschien Bundeskanzler Kreisky zu einer Diskussion in der Linzer Mehrzweckhalle mit dem Titel „Atomstrom – ja oder nein?“, welche weitgehend von GegnerInnen des Kraftwerksprojekts nahe Linz besucht wurde. Kreisky positionierte sich betont vorsichtig und sprach von einer schwierigen Entscheidung, die eines Tages fallen müsse. Einzelne Ausschnitte wurden landesweit vom ORF übertragen (vgl. Svoboda 1998: 143f). Im weiteren Verlauf des Jahres weitete sich der Widerstand gegen die Atomenergie sukzessive aus, in nahezu allen großen Landeshauptstädten wurden Arbeitskreise und Aktionsgruppen gegründet, gleichzeitig wurde die österreichweite Dachorganisation der AtomkraftgegnerInnen, die „Initiative Österreichischer Atomkraftgegner“ (IÖAG), ins Leben gerufen (vgl. Svoboda 1998: 143ff).

Im Rahmen der IÖAG formierte sich der Widerstand in der ersten Hälfte des Jahres 1976 schließlich als bundesweite Bewegung. Als zentrale Anliegen wurden gefordert: keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf, keine weiteren AKWs in Österreich, keine Atomkraftwerke an Österreichs Grenzen und keine Atommülllagerung in Österreich (Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner 1976). Als die Bundesregierung im Herbst 1976 versuchte, mittels der „Informationskampagne Kernenergie“ in die Offensive zu gehen, erwies sich dies als weiterer Motor zur Ausweitung der Bewegung. Die Veranstaltungen im Herbst 1976 beziehungsweise im Frühjahr 1977 wurden nahezu ausschließlich von AtomkraftgegnerInnen besucht, boten Gelegenheiten zur Mobilisierung der Bewegung in den jeweiligen Landeshauptstädten und sicherten österreichweite Berichterstattung in den Medien. Im Laufe des Jahres 1977 wurden gleich mehrere bundesweite Aktionen organisiert, der gesamtösterreichische Aktionstag am 24. März, eine Sternfahrt mit mehreren tausend TeilnehmerInnen am 12. Juni, die IÖAG-Konferenz in Niederösterreich am 2. Juli sowie eine Demonstration am Ballhausplatz am Nationalfeiertag, welche unter anderem durch die Reaktion des Bundeskanzlers² breites Medienecho bewirkte. (vgl. Svoboda 1998: 150ff). Zu Jahresbeginn 1978 gelang es dem Kommunistischen Bund Österreichs, Pläne für eine geheime Anlieferung der Brennelemente aufzudecken, welche in der Folge unter starken Protesten am 18. Jänner 1978 per Hubschrauber eingeflogen werden mussten (vgl. Demokratiezentrum 2013).

Nachdem ein gemeinsamer Parlamentsbeschluss für die Inbetriebnahme des Kraftwerks von SPÖ und ÖVP im ersten Halbjahr 1978 nicht mehr zu erreichen war, legte sich Kreisky auf eine Entscheidung der Frage Zwentendorf durch eine Volksabstimmung fest. Dieser Vorschlag war bereits von AktivistInnen der Anti-AKW-Bewegung und der Sozialistischen Jugend ins Spiel gebracht und auch von der Industriellenvereinigung aufgegriffen worden. Kreisky hatte diesen Weg bis dato abgelehnt, nunmehr erschien dieser allerdings als Ausweg, um einen Alleingang zu vermeiden und die Regierung nicht noch weiter zu exponieren (vgl. Rathkolb 2012: 204f.). Während die linken Teile der Anti-

2 Kreisky entzog sich der Forderung, mit den DemonstrantInnen zu sprechen, mit den Worten: „Das sind Methoden, die angewendet werden von terroristischen Gruppen, dem beuge ich mich nicht. Ich habe es nicht notwendig, mich von ein paar Lausbuben so behandeln zu lassen.“ (zit. n. Svoboda 1998: 152)

AKW-Bewegung unter dem Dach der IÖAG verblieben und auf die Volksabstimmung vom 5. November 1978 hinarbeiteten, formierten sich die bürgerlichen Anti-AKW-AktivistInnen vorrangig in der „Arbeitsgemeinschaft NEIN zu Zwentendorf“ des Geologen Alexander Tollmann (vgl. Svoboda 1998: 162).

4. Der Anti-AKW-Konsens als *impact* der Anti-AKW-Bewegung?

Im Hinblick auf das Verhältnis von Anti-AKW-Bewegung und Anti-AKW-Konsens in Österreich stellt die sich letztlich sehr konkret die Frage nach dem „Erfolg“ der Anti-AKW-Protteste. Allerdings lässt sich dieser aus mehreren Gründen nur schwer untersuchen: Erstens ist die Unterscheidung zwischen „Erfolg“ und „Misserfolg“ letztlich zu stark vom Standpunkt der BetrachterInnen abhängig und zweitens lässt sich der Erfolg von Protest schwer messen. Rucht spricht deshalb in seinen vergleichenden Überlegungen zu Mobilisierungen gegen Nuklearanlagen von Effekten beziehungsweise *impact*. Trotzdem seien auch in diesem Fall die unterschiedlichen Variablen und Faktoren nur schwer auseinanderzuhalten und unterschiedlich zu bewerten (vgl. Rucht 1995: 284). In eine ähnliche Richtung münden die Überlegungen von Giugni (2007: 71): Demnach deuten übernationale Vergleichsstudien von sozialen Bewegungen darauf hin, dass die unterschiedlichen Faktoren in Bezug auf Entstehungsbedingungen und *impact* im jeweiligen Einzelfall sehr unterschiedlich zusammenwirken.

Die wichtigsten dieser Faktoren und Variablen werden in zwei unterschiedlichen Strömungen der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung zusammengefasst, die als *political opportunity structure*-Ansatz und *political process theory* bezeichnet werden. (vgl. della Porta/Diani 2010). Als politische Gelegenheitsstrukturen werden hauptsächlich der offene beziehungsweise geschlossene Charakter eines politischen Systems, die (In)Stabilität des WählerInnenverhaltens sowie Konflikte innerhalb der politischen Eliten zusammengefasst. Im Rahmen von Studien der *political process theory* wiederum wird hauptsächlich das Verhältnis von sozialen Bewegungen zu institutionellen AkteurInnen beleuchtet, was vorrangig zu einer Verbreiterung möglicher Effekte und *impacts* beigetragen hat (vgl. ebd: 16ff).

Die Offenheit von politischen Systemen ist nach Kitschelt (1986: 63) durch die Anzahl der Parteien, die Fähigkeit der Gesetzgebung Inhalte unabhängig

von der Exekutive zu bestimmen, die Möglichkeit der Einbindung neuer Interessensgruppen beziehungsweise die Möglichkeiten der Vermittlung zwischen neu artikulierten Interessen und der Regierung sowie durch die erfolgreiche Berücksichtigung neuer Interessen in der Kompromiss- oder Konsensformierung bestimmt. Das politische System Österreichs in den späten 1970er- und den 1980er-Jahren muss in diesem Sinne aus mehrerlei Hinsicht als geschlossen betrachtet werden: Die österreichische Politik wurde im Rahmen der etablierten Konkordanzdemokratie (vgl. Lehmbruch 1967) klar von ÖVP und SPÖ sowie dem Dritten Lager bestimmt. Das Parlament als gesetzgebendes Organ war stets durch Parteien- und Verbände klar von der Regierungsmehrheit geprägt und als solches nicht in der Lage, wesentlichen Einfluss auf die Regierungspolitik auszuüben (vgl. Knoll/Mayer 1976; Scheffbeck 2006). Jegliche Interessensvertretung war wiederum über die SozialpartnerInnenschaft institutionalisiert und ebenfalls von ÖVP und SPÖ bestimmt. Während Anton Pelinka (Pelinka 1996: 31) von einem „ständigen Machtkartell“ spricht, verweist Rathkolb am Beispiel Zwentendorf auf die Konzentration sämtlicher Entscheidungskompetenzen auf wenige handelnde Akteure (vgl. Rathkolb 2012: 206). Den KritikerInnen der Atomenergie blieben also letztlich kaum Möglichkeiten, im Rahmen des etablierten politischen Systems ihre Anliegen zu artikulieren, geschweige denn diese zu verfolgen.

Hinsichtlich des Konflikts zwischen politischen Eliten bot sich im Laufe der 1970er-Jahre ein für die Anti-AKW-Bewegung günstigeres Bild. War die ÖVP-Alleinregierung in den späten 1960er-Jahren noch von den Nachwirkungen des großkoalitionären Jahrzehnts geprägt (vgl. Gehler 2006), entwickelten sich in den 1970er-Jahren die ersten Muster der österreichischen Konkurrenzdemokratie. Zwar war es der SPÖ Anfang der 1970er-Jahre gelungen, über die Etablierung eines sozialliberalen Konsenses ausreichend Stimmen von der ÖVP für die absolute Mehrheit zu gewinnen (vgl. Rathkolb 1997); dennoch wurden auch Mitte der 1980er-Jahre grundsätzliche beziehungsweise kritische Entscheidungen nach wie vor im Konsens getroffen (vgl. Pelinka 1993). Vor diesem Hintergrund steigerten sich die Erfolgsaussichten der KernkraftgegnerInnen im Laufe der 1970er-Jahre enorm. Hatte die Bundesregierung anfangs noch einen Dreiparteienkonsens als Bedingung für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf formuliert, wurde ab Mitte der 1970er-Jahre ein Mehrheitsbeschluss im Parlament unter Zustimmung

der ÖVP zur Bedingung erklärt. Während weite Teile der ÖVP, insbesondere die Vertreter der Industrie, ein aktives Eintreten für Zwentendorf forderten, geriet der Pro-Atom-Kurs zunehmend ins Wanken. Im Sommer 1978 ließ ÖVP-Obmann Taus den Atomgipfel mit Bundeskanzler Kreisky schließlich platzen und vereinte die konträren Positionen innerhalb der ÖVP auf ein grundsätzliches „Ja“ zur Atomenergie, allerdings unter absolutem Vorrang aller Sicherheitsfragen, die nunmehr als nicht geklärt betrachtet wurden (Stifter 2006: 184-196). Die ÖVP versuchte also gemäß dem schwedischen Vorbild aus dem Jahr 1976 das Thema Atomenergie zur zentralen Auseinandersetzung für den kommenden Wahlkampf zu stilisieren, um die bürgerliche Opposition wieder zurück an die Regierung zu führen (vgl. Kriechbaumer 2004: 209-216). Damit blieb der SPÖ nur noch der Weg über eine Volksabstimmung, um nicht mittels Regierungsmehrheit die alleinige Verantwortung für ein Projekt aus großkoalitionären Zeiten übernehmen zu müssen.

Einen weiteren Aspekt, der die Ausweitung der Anti-AKW-Bewegung in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre begünstigte, stellt das *framing* des Protests dar. Wie bereits erwähnt, entschied die Bundesregierung im Laufe des Jahres 1976, der steigenden Skepsis gegenüber der Atomkraft mit einer Informationskampagne zu begegnen. Entsprechend der Annahme, Kritik gegenüber technologischen Entwicklungen beziehungsweise deren Ablehnung wäre das Resultat von unzureichendem Wissen (*deficit model of public understanding of science*), wurden mehrere Informationsabende in ganz Österreich angesetzt. Im Rahmen von Podiumsdiskussionen sollten alle Argumente für und wider die Kernkraft dargelegt und diskutiert werden, um die Bedenken der KritikerInnen zu zerstreuen (vgl. Felt 2013). Diese wiederum mobilisierten zu den Informationsabenden, sodass sich die Experten meist nicht wie erwartet mit einem neutralen beziehungsweise unschlussigen Publikum konfrontiert sahen, sondern mit ausgesprochen lautstarken und scharfen KritikerInnen. Unter landesweiter Berichterstattung wurden die geladenen Experten als Vertreter der Atomlobby gebrandmarkt und die Entscheidung von Politik, Wissenschaft und E-Wirtschaft für die Nutzung der Atomenergie als Beschluss gegen die BürgerInnen dargestellt. Entscheidend war dabei unter anderem, dass „einfache BürgerInnen“ etablierten Autoritäten aus Wissenschaft und Politik öffentlich lautstark gegenübertraten. Indem etwa junge Frauen die Glaubwürdigkeit und Autorität von wissenschaftlichen Experten infrage stellten, rückte letztlich

das etablierte Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit als Ganzes in den Fokus der Kritik (vgl. Nowotny 1979). Das starke konsensuale Auftreten der BefürworterInnen in Form der Sozialpartner begünstigte zudem den Zusammenhalt unter den GegnerInnen als *single-issue-movement* trotz starker politischer Differenzen (vgl. Natter 1987: 151ff).

Felix Kolb (2007) hat in seiner vergleichenden Studie zu Anti-Nuklear-Bewegungen in mehreren OECD-Staaten darauf verwiesen, dass zwischen unterschiedlichen Formen von *impact* zu unterscheiden sei. Demnach müsse in einer Analyse des Verhältnisses zwischen sozialen Bewegungen und institutionellen AkteurInnen genau herausgearbeitet werden, inwiefern es den jeweiligen Bewegungen gelungen ist, ihre Inhalte auf die politische Tagesordnung zu setzen (*agenda impact*), oder ob sie darüber hinaus konkrete Politikinhalt beeinflussen konnten (*alternatives impact*). Unter *policy impact* wiederum werden tatsächlich umgesetzte Gesetzesvorhaben, die auf die Aktivitäten von sozialen Bewegungen zurückgehen, zusammengefasst, während *implementation impact* sowohl die Beschleunigung in der Umsetzung von artikulierten Forderungen vonseiten sozialer Bewegungen als auch Verzögerungen von Initiativen institutioneller AkteurInnen durch soziale Bewegungen beschreibt. Unter *public goods impacts* werden schließlich tiefere Veränderungen verstanden. So können sozialen Bewegungen in einigen Fällen zwar *policy impacts* zugeschrieben werden, wenn sich etwa ihre Forderungen in gesetzlichen Regelungen niederschlagen, während der angestrebte gesellschaftliche Wandel nur eingeschränkt eintritt oder ganz ausbleibt (vgl. ebd: 25-32).

Kolb verweist in seiner Analyse klar auf die Bedeutung der parteipolitischen Auseinandersetzung für das Ergebnis der Volksabstimmung in Österreich (vgl. ebd: 255). Der Vergleich mit anderen Ländern über eine komparative Analyse und die dafür notwendige Quantifizierung lassen allerdings Interpretationsspielräume offen beziehungsweise mögliche Überbewertungen der Rolle der Anti-AKW-Bewegung im Sinne der eingangs dargestellten Mythologisierung zu (vgl. ebd: 238-273). Darüber hinaus ist es, wie oben erwähnt, nicht ohne Weiteres möglich, Einfluss und Wechselwirkung von einzelnen Faktoren genau zu bestimmen. Besonders der *impact* der Anti-AKW-Bewegung über die Volksabstimmung hinaus lässt sich nur schwer bewerten. So ist etwa die Art und Weise, wie ParlamentarierInnen oder andere FunktionsträgerInnen längerfristig auf die Auseinandersetzung mit der Bewegung reagier-

ten, nicht unmittelbar festzumachen. Eine historische Einbettung und tiefere Analyse kann allerdings dazu beitragen, das Verhältnis von einzelnen Faktoren genauer zu bestimmen, insbesondere wenn Fragen nach dem kausalen Zusammenhang von sozialen Bewegungen und politischen Prozessen, wie etwa die Formierung des Anti-Atom-Konsens, im Zentrum stehen (vgl. Amenta et al. 2010: 302).

5. Die Volksabstimmung

Das Ergebnis der Volksabstimmung um die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf muss als ebenso knapp wie überraschend bezeichnet werden. Hatten Meinungsumfragen im Vorfeld den BefürworterInnen eine deutliche Mehrheit attestiert, stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 64,1 % schließlich 50,5 % gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf, während 49,5 % der WählerInnen diese befürworteten. Ein Blick auf die regionalen Ergebnisse zeigt, dass vor allem in den östlichen und südlichen Bundesländern (Burgenland 59,8 %, Wien 55,4 %, Kärnten 54,1 % und Steiermark 52,8 % Ja-Stimmen) überwiegend für die Kernkraft gestimmt wurde, während im Westen (Vorarlberg 84,4 %, Tirol 65,8 % und Salzburg 56,7 % Nein-Stimmen) die KritikerInnen deutlich überwogen (siehe Anhang, Tabelle 1).

Die starken Unterschiede hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens in West- und Ostösterreich erklären sich einerseits durch die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Insbesondere das überdurchschnittlich hohe Nein-Ergebnis in Vorarlberg ist sicherlich vor dem Hintergrund der Anti-Rüthi-Proteste in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre zu erklären. Vor allem die Rolle der *Vorarlberger Nachrichten* als auflagenstärkste Regionalzeitung mit einer über die 1970er-Jahre hinweg konsequenten Blattlinie gegen die Atomkraft ist in diesem Zusammenhang wohl nicht zu unterschätzen. Die Auswertung des Abstimmungsergebnisses zeigt, dass im regionalen Vergleich vor allem zwei Faktoren ausschlaggebend für die mehrheitliche Positionierung zur Kernkraft waren: Während die Zustimmung in Industriezentren überdurchschnittlich hoch ausfiel, stimmten vor allem Agrarregionen deutlich gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Als zweiter wesentlicher Faktor tritt die unmittelbare Nähe zu inländischen oder ausländischen Anlagen der Atomindustrie in Erscheinung: je größer die Distanz, desto größer die Zustimmung (vgl. Die Meinungsentwicklung zur Kernkraftfrage 1979: 9f). In Westösterreich dürften die Ausbaubestrebungen und der Wider-

stand gegen die Atomenergie in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der relativen Grenznähe einzelner Standorte (Bsp. Wyhl) eine stärkere Rezeption erfahren haben. Wilhelm Svoboda verweist in der Interpretation des Abstimmungsergebnisses darauf, dass es in Vorbereitung auf die Volksabstimmung vor allem den GegnerInnen des AKW Zwentendorf gelungen war, die WählerInnen zu mobilisieren. Eine schnell anwachsende Zahl kleiner Initiativen habe letztlich auch einen Einbruch in das katholische WählerInnensegment ermöglicht. Der Standpunkt der KritikerInnen sei zudem durch eine objektive Berichterstattung durch die Medien im Vorteil gewesen, während die Mobilisierung der BefürworterInnen durch SPÖ und SozialpartnerInnen vergleichsweise schwächelte (vgl. Svoboda 1998: 162).

Bei allem Fokus auf die Anti-AKW-Bewegung darf die parteipolitische Komponente nicht aus dem Blick geraten. Sosehr das Engagement gegen die Atomenergie in Österreich eine wesentliche Zäsur in der österreichischen Politikgeschichte darstellt, so sehr ist die Reichweite von Parteien- und Verbändestaat im Jahr 1978 nach wie vor wirksam; von Instabilität des WählerInnenverhaltens als gegebene Gelegenheitsstruktur kann definitiv nicht gesprochen werden.³ Ausschlaggebend für die knappe Niederlage dürfte demnach vor allem der ausbleibende Aufruf der ÖVP, für die Atomkraft zur Urne zu schreiten, gewesen sein.⁴ Die überwiegende Mehrheit der BefürworterInnen der Atomenergie in den Reihen der ÖVP ließ sich mangels Parteilinie nicht mobilisieren. Die Analysen des Abstimmungsverhaltens zeigen, dass vor allem in Gemeinden und Bezirken mit starker ÖVP-Dominanz viele WählerInnen nicht an der Abstimmung teilnahmen (vgl. Die Meinungsentwicklung zur Kernkraftfrage 1979: 10ff). Viel diskutiert und im kollektiven Gedächtnis verankert ist die Frage nach der Bedeutung von Bruno Kreiskys Aussagen kurz vor der Abstimmung. Dieser hatte Medien gegenüber verkündet: „Ich möchte nicht sagen, dass ich sicher nicht zurücktrete. Ich möchte aber auch nicht sagen, dass mich das unbeeinflusst ließe. Das wäre schon eine Niederlage für die Bundespartei.“ (zit. n. Kuchler 2012c: 241) Einigermaßen verklauusliert setzte

3 Bei den Nationalratswahlen im Jahr 1979 entfielen noch 92,9 % aller abgegebenen Stimmen auf die beiden Großparteien (siehe Pelinka et al. 1998: 168).

4 Die ÖVP hatte ihren AnhängerInnen empfohlen, nach ihrem Gewissen abzustimmen; lediglich Bundesparteiobmann Josef Taus hatte sich deutlich zu einem „Nein“ bekannt.

Kreisky im Lichte schwächerer Umfrageergebnisse sein eigenes politisches Gewicht zur Mobilisierung der sozialdemokratischen WählerInnen ein.

Für die Implementierung der Kernenergie in Österreich bis in den November 1978 kann also festgehalten werden: Bis Mitte der 1970er-Jahre wurde diese kaum infrage gestellt. Die von wenigen AkteurInnen in Parteien- und Verbändestaat und E-Wirtschaft getroffene Entscheidung für den Bau von Kernkraftwerken und deren Umsetzung wurde kaum hinterfragt. Im Laufe der 1970er-Jahre formierte sich schließlich ausgehend von lokalen Protesten gegen die Atomenergie eine österreichweite Bewegung gegen den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken in Österreich, der es schließlich gelang, dieses Thema zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzung zu machen. Durch das Engagement der AtomkraftgegnerInnen erlangte die Frage der Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf eine ausreichende Prominenz, um den Dreiparteienkonsens aufzubrechen. Wie gezeigt wurde, liegen die Ursachen des Aufbrechens aber weniger am andauernden Druck von weiten Teilen der Bevölkerung oder der Anti-AKW-Bewegung selbst, sondern vielmehr in parteipolitischen Motiven und Auseinandersetzungen innerhalb des etablierten politischen Systems. Von einem andauernden Druck einer klaren Mehrheit der öffentlichen Meinung, welche die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf verhindert habe, kann ebenfalls nicht gesprochen werden. Das Ergebnis der Volksabstimmung deutet unter anderem auch darauf hin, dass die Positionierung politischer Eliten – und nicht die Agitation der Anti-AKW-AktivistInnen – ausschlaggebend für den kurzfristigen Umschwung in der öffentlichen Meinung war.

6. Revisionsversuche: Kernenergie zwischen Konsens und Konflikt

Das knappe Nein-Ergebnis vom 5. November 1978 markierte für die GegnerInnen der Atomenergie einerseits einen Erfolg, denn immerhin war es gelungen, eine beachtliche Zahl an GegnerInnen für die Volksabstimmung zu aktivieren. Andererseits bedeutete es auch das endgültige Aus für die Anti-AKW-Bewegung, deren letztes Agitationsfeld die Mobilisierung dargestellt hatte. Nunmehr war die Frage Atomenergie wieder fest in parteipolitischer Hand. Bruno Kreisky ließ sich noch im Herbst 1978 über ein parteiinternes Rücktrittsangebot als unhinterfragter Parteiobmann und Kanzler bestätigen, während die Frage Zwentendorf

mittels Atomsperrgesetz in den Hintergrund gerückt und aus dem Wahlkampf 1979 herausgehalten wurde (vgl. Kriechbaumer 2004: 220). Endgültig entschieden war die Frage über den weiteren Umgang mit der Kernenergie damit allerdings nicht, das AKW Zwentendorf wurde vorerst lediglich eingemottet. Nicht nur führende AtomgegnerInnen befürchteten eine Revision des Atomsperrgesetzes und eine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf (vgl. Tollmann 1983: 192-212), auch vonseiten der SozialpartnerInnen und damit aus den Reihen der beiden Großparteien wurden entsprechende Schritte gesetzt. Im Herbst 1980 wurde unter Führung der Gewerkschaften ein vergleichsweise erfolgreiches Pro-Atom-Volksbegehren und vonseiten der ÖVP ein Anti-Atom-Volksbegehren initiiert, welches hinter den Erwartungen zurückblieb (Bundesministerium für Inneres 2013). Die letzten Bestrebungen eine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf durchzusetzen, markiert der gescheiterte Versuch der SPÖ unter Bundeskanzler Fred Sinowatz im März 1985, eine neuerliche Volksabstimmung einzuleiten (vgl. Pelinka 1993: 39ff).

Darstellungen und Analysen des österreichischen Umgangs mit der Kernenergie fokussieren meist auf die Phase bis 1978, welche klar im Zeichen eines Konsenses für die Atomenergie, der zunehmend umkämpft und schließlich aufgebrochen wurde, steht, oder auf die Zeit nach 1986, als sich Österreich im Lichte der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl zu einem Zentrum von AtomkraftgegnerInnen entwickelte, beziehungsweise sich seither als solches inszeniert (siehe unten). Um gegenwärtige Geschichtsdarstellungen, Reinterpretationen und Mythologisierung ausreichend hinterfragen zu können, ist meiner Meinung nach eine genauere Analyse des Zwischenspiels von Ende 1978 bis ins Frühjahr 1986 hilfreich. Das öffentliche Meinungsbild in diesem Zeitraum entwickelte sich deutlich zugunsten einer Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf (vgl. Schmidt 2007: 36-48). Auch wenn nur wenige konkrete Schritte gesetzt wurden – die Auseinandersetzung um die Kernenergie sowie die künftige Energiepolitik blieb ein parteipolitisch heftig umkämpftes Feld. Mangels konkreter Kontroversen wie bis ins Jahr 1978 traten die unterschiedlichen Standpunkte nunmehr vor allem in der täglichen politischen Auseinandersetzung zutage. Die Inszenierung der jeweiligen Parteilinie verlagerte sich daher neben den Medien vor allem in das Parlament. War dieses bis Mitte der 1960er-Jahre vor allem als Publikationsmaschinerie der großen Koalition in Erscheinung getreten, entwickelte es sich seit der

Alleinregierung Klaus zunehmend zu einem wichtigen Ort der Konfliktinszenierung. Im Zeichen der steigenden Konkurrenz zwischen den Parteien wurde das Parlament zu einer wesentlichen Tribüne für nach wie vor hinter den Kulissen verhandelte Entscheidungen (Pelinka 1993; Müller 1995; Schefbeck 2006).

In der Folge werden daher einige wesentliche Ergebnisse einer im Zuge einer Diplomarbeit durchgeführten Analyse der stenographischen Protokolle des Nationalrats präsentiert, um einen genaueren Einblick in den Verlauf der parteipolitischen Auseinandersetzung um die Kernenergie zwischen dem 5. November 1978 und dem 26. April 1986 zu ermöglichen. Für die Analyse wurden sämtliche Sitzungsprotokolle des österreichischen Nationalrats mittels Schlagworten auf Beiträge zur Kernenergiekontroverse durchsucht. Der so festgesetzte Quellenkorpus an relevanten Auseinandersetzungen wurde in der Folge durch eine qualitative Inhaltsanalyse erfasst, die für diese Analyse gebildeten Kategorien anschließend im Längsschnitt nach den drei vertretenen Parteien quantitativ ausgewertet und schließlich unter Rückgriff auf repräsentative Zitate dargestellt.⁵ Auf den nächsten Seiten werden zwei der wesentlichen Auseinandersetzungen herausgegriffen und im Detail diskutiert: erstens die Diskussion um das Atomsperrgesetz, die Möglichkeit einer Revision desselben sowie die Entwicklung hin zur Debatte um eine neuerliche Volksabstimmung im Frühjahr 1985. Zweitens werden die Positionen der Nationalratsparteien zu grenznahen Kernkraftwerken über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg dargelegt. Für die vorliegende Fragestellung sind diese beiden Aspekte besonders aufschlussreich, da sie zentrale Bezugspunkte beziehungsweise Momente des österreichischen Anti-AKW-Konsenses darstellen.

6.1 Vorläufige Anerkennung des Ergebnisses

Bereits am Dienstag nach der Volksabstimmung war diese im österreichischen Nationalrat Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Bis zum Beschluss des Atomsperrgesetzes Mitte Dezember inszenierten vor allem die beiden Großparteien ihren Standpunkt hinsichtlich der Atomenergie. Dabei tritt einigermaßen

⁵ Die hier präsentierten Ergebnisse bilden einen gestrafften Überblick. Eine genauere Erläuterung des methodischen Vorgehens, der Erschließung und Auswertung des Quellenkorpus sowie eine vollständige Präsentation der Ergebnisse finden sich in Bayer (2013).

deutlich zutage, dass die Entscheidung der SPÖ ein Gesetz gegen die Nutzung der Kernkraft zu erlassen, von allen drei Parteien unterstützt wurde, während vordergründig über den bisherigen Verlauf der Entwicklung debattiert und Konflikte inszeniert wurden.

Die SPÖ warf der ÖVP vor, das Projekt der Atomkraft aus parteitaktischen beziehungsweise wahltaktischen Überlegungen heraus fallen gelassen zu haben und stellte damit deren „staatstragenden Charakter“ infrage. Abgesehen davon wurden führende Abgeordnete aus Partei und Gewerkschaften nicht müde zu betonen, dass man sich zur Entscheidung der österreichischen Bevölkerung bekenne, so neben Bruno Kreisky etwa auch SPÖ-Klubobmann Heinz Fischer: „Schon die Frage, ob dieses Ergebnis von der SPÖ akzeptiert wird, ist – ich sage das ganz detachiert – völlig deplaciert, weil es selbstverständlich ist, daß dieses Ergebnis akzeptiert wird.“⁶ Allerdings verwies bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Josef Wille, Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall – Bergbau – Energie, auf die Möglichkeit einer Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf durch eine neuerliche Volksabstimmung:

Wenn wir eines Tages als Abgeordnete wieder gefragt werden sollten, wie wir es denn mit der Kernenergie halten, [...] dann ist für uns einfach klargestellt, daß diese Frage nur über eine Volksabstimmung neuerlich in die politische Auseinandersetzung kommen kann.⁷

Die ÖVP wiederum beschränkte sich in dieser Phase darauf, Bundeskanzler Kreisky vorzuwerfen, er habe mit seiner verklausulierten Ankündigung wenige Tage vor der Volksabstimmung aus einer Sachfrage eine parteipolitische Entscheidung gemacht, und die Thematik damit unnötigerweise „verpolitisiert“.⁸ Ansonsten inszenierte sich die ÖVP als zur Zusammenarbeit bereit. Der SPÖ wurde dabei ein autoritärer Führungsstil unterstellt und sie wurde angeprangert, eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zu verweigern.⁹ Abgesehen davon verwies auch die ÖVP darauf, dass das Atomsperrgesetz die logische Konsequenz der knappen Nein-Mehrheit bei der Volksabstimmung darstelle, und für eine Revision des Gesetzes eine

⁶ Heinz Fischer (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978: 10407f.

⁷ Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978: 11712.

⁸ Vgl. Erhard Busek (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 106. Sitzung, 07.11.1978: 10427.

⁹ Vgl. Sixtus Lanner (ÖVP), ebenda: 10404.

neuerliche Volksabstimmung durchgeführt werden müsse.¹⁰

Es scheint also klar, dass die Zeit unmittelbar nach der Volksabstimmung beiden Großparteien dazu diene, sich zu diesem Ergebnis zu bekennen. Hinter dem erheblichen Säbelrasseln hatten sich beide Parteien längst auf das weitere Vorgehen verständigt: Das Atomsperrgesetz würde im parteiübergreifenden Konsens einstimmig beschlossen und das Thema Atomenergie vorerst vom Tisch. Sollte doch noch eine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf angestrebt werden, müsse der Volksentscheid wiederholt werden (vgl. Bayer 2013: 102ff).

6.2 Brückensuche

Im Laufe der SPÖ-Alleinregierung von 1979 bis 1983 – Bruno Kreisky konnte bei den Wahlen im Mai 1979 das stärkste Ergebnis für die SPÖ in der Zweiten Republik verbuchen – wurden erste Möglichkeiten und Szenarien gesucht, das Atomsperrgesetz zu revidieren. Die SPÖ hielt zwar an ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zum Atomsperrgesetz fest, schwenkte allerdings von den Angriffen gegenüber der ÖVP als nicht-staatstragende Partei auf die Betonung überparteilicher Zusammenarbeit um. Dabei bezog man sich vor allem auf jene Kräfte in der ÖVP, die eine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf ausdrücklich befürworteten.¹¹ Darüber hinaus wurde betont, dass eine Revision nicht ohne Volksabstimmung durchzuführen sei¹² und diese aus Sicht der SPÖ lediglich mit einer qualifizierten Mehrheit im Parlament herbeigeführt werden könne.¹³

Während die ÖVP nur zaghaft auf den zunehmenden Positionswechsel der SPÖ reagierte und nach wie vor die Verweigerung der Zusammenarbeit durch die Regierung ins Zentrum ihrer Argumentation rückte, inszenierten sich ihre Abgeordneten als kooperationsbereit. Die ÖVP stehe immer für eine Zusammenarbeit mit der Regierung zur Verfügung, sehe es aber als ihre dringende Aufgabe, sich als Kontrollinstanz gegenüber jeglichem Machtmissbrauch vonseiten des Bundes-

kanzlers zu erweisen.¹⁴ Zentral für die Zukunft der österreichischen Politik sei jedenfalls die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen und gemeinsam wohlüberlegte Lösungen zu finden:

*Meine Damen und Herren! Wir müssen eines wieder lernen: Wir müssen lernen, Kompromisse zu schließen. Wir haben es verlernt, eine Güterabwägung vorzunehmen, die alle sozialen, ökonomischen, ökologischen, wirtschaftlichen, ethischen und auch moralischen Parameter berücksichtigt.*¹⁵

Die FPÖ versuchte sich weiterhin als Anti-Atom-Partei zu inszenieren und verwies hauptsächlich darauf, dass in der Atomfrage bereits eine Entscheidung gefallen sei.¹⁶

6.3 Der nationale Konsens für die Atomkraft

Die endgültige Lösung des weiteren Umgangs mit dem AKW Zwentendorf und der Nutzung der Kernenergie in Österreich versuchte die SPÖ schließlich unter Fred Sinowatz herbeizuführen. Das Problem der Kernenergie war aus dem Regierungsübereinkommen mit der FPÖ ausgeklammert worden, dennoch strebte die SPÖ zwischen 1984 und dem Frühjahr 1985 schließlich eine Inbetriebnahme an.

Ausgangspunkt bildeten die Prämissen der Jahre davor: Es sollte eine neuerliche Volksabstimmung angesetzt werden, herbeigeführt mittels Zweidrittelmehrheit durch einen gemeinsamen Beschluss von SPÖ und ÖVP. Bereits im Mai 1984 sprach sich Fred Sinowatz für einen solchen nationalen Konsens aus.¹⁷ Mit der Koalitionspartnerin FPÖ konnte offenbar insofern eine gemeinsame Linie gefunden werden, als diese sich einer derartigen Volksabstimmung nicht in den Weg stellte. Der ÖVP wurden erneut einige goldene Brücken gebaut: Als Fragestellung für die Volksabstimmung wurde ein Vorschlag von Josef Taus aufgegriffen,¹⁸ während beständig von einer längst die Parteigrenzen

10 Vgl. Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 116. Sitzung, 15.12.1978: 11717f.

11 Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 49. Sitzung, 05.11.1980: 4807.

12 Vgl. Bruno Kreisky (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 104. Sitzung, 17.02.1982: 10421.

13 Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981: 7667.

14 Vgl. Alois Mock (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 3. Sitzung, 20.06.1979: 43.

15 Günther Wiesinger (ÖVP), STPNRÖ, XV. GP, 77. Sitzung, 10.06.1981: 7730.

16 Vgl. Walter Grabher-Meyer (FPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 11. Sitzung, 06.11.1979: 911.

17 Vgl. Fred Sinowatz (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 48. Sitzung, 24.05.1984: 3945.

18 Vgl. Kurt Heindl (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985: 7263f.

überschreitenden Problematik gesprochen wurde.¹⁹ Die Aufhebung des Klubzwangs im Nationalrat sollte es schließlich allen drei Parteien ermöglichen, sich für die Kernkraft zu entscheiden, ohne in Konflikt mit bisherigen Positionierungen zu geraten. Unerwartet deutlich bringt dies Josef Wille zum Ausdruck: „[...] dadurch, daß wir eben den Klubzwang aufheben. Es ist keine Partei genötigt, eine ganz bestimmte Haltung und eine ganz bestimmte Linie anzunehmen.“²⁰

Für die FPÖ ergab sich die Notwendigkeit einer Gratwanderung. Seit mehreren Jahren wurde eine strikte Anti-Atom-Linie verkündet und die Partei als Wächterin der Volksentscheidung präsentiert. Nunmehr war die FPÖ allerdings nicht gewillt, ihre Regierungsbeteiligung wegen der Atomfrage aufs Spiel zu setzen. Vor diesem Hintergrund ließ man die SPÖ mit ihrem Antrag auf die Einleitung einer neuerlichen Volksabstimmung ohne Klubzwang gewähren²¹ und gab sich ganz dem freien Mandat verpflichtet: Zwar sei die FPÖ immer schon mehrheitlich gegen die Atomkraft gewesen, doch selbstverständlich gäbe es auch in ihren Reihen unterschiedliche Positionen zum Thema.²²

Im Frühjahr 1984 ließen die Inszenierungen der ÖVP durchaus noch genügend Spielraum für eine Einigung mit der SPÖ. Als Voraussetzungen für die Einwilligung der ÖVP zum nationalen Konsens wurde eine Einigung zwischen der SPÖ und der FPÖ ausgegeben. Darüber hinaus dürfe eine Revision des Atomsperrgesetzes nur über eine neuerliche Volksabstimmung erfolgen, so der Vizepräsident des Wirtschaftsbundes und ÖVP-Wirtschaftssprecher Robert Graf:

Ich bin ein Anhänger der friedlichen Nutzung der Kernenergie, weil ich in dem nächsten halben Jahrhundert nicht so viele Ersatzkräfte sehen kann. [...] Der Aufruf zum nationalen Konsens hat nur zwei Voraussetzungen notwendig: Der Herr Dr. Sinowatz muß sich mit seinem Vizekanzler einigen: Entscheidet er sich auch für ja, oder bleibt er bei nein? Das ist das erste. Und zweitens muß man eine Volksabstimmung machen und der Bevölkerung nur die einzig wirkliche Frage stellen: Sind Sie für die

*friedliche Nutzung der Kernenergie, ja oder nein? – Das muß man fragen.*²³

Bis zum Frühjahr 1985 verschärfte sich der Ton zwischen den Großparteien zunehmend. Dass es keine gemeinsame Einigung mehr geben würde, dürfte sich bereits Anfang 1985 abgezeichnet haben. In ihrer Inszenierung gab sich die ÖVP betont kämpferisch und erklärte eine Regierungsvorlage vonseiten der Kleinen Koalition als Bedingung für ihre Zustimmung.²⁴

Nach mehrstündiger Debatte wurde am 21. März 1985 schließlich im Nationalrat über die Einleitung einer neuerlichen Volksabstimmung abgestimmt. Nachdem es zu keiner Einigung zwischen den Großparteien gekommen war, hatte die ÖVP sich nicht auf die Inszenierung einer Gewissensentscheidung ohne Klubzwang eingelassen und stimmte geschlossen gegen den Antrag der SPÖ. Diese wiederum stimmte unter Vorgabe der Aufhebung des Klubzwangs ebenso geschlossen für eine neuerliche Volksabstimmung. Lediglich der als Atomkraftgegner exponierte Josef Cap²⁵ stimmte gegen die Vorlage der SPÖ. Die FPÖ wiederum stimmte mehrheitlich gegen den Initiativantrag der Koalitionspartnerin: Nur drei Abgeordnete stimmten mit der SPÖ, während sich zwei weitere enthielten. Schlussendlich erreichte die SPÖ damit zwar eine 91:90-Mehrheit für ihren Antrag, die für dessen Erfolg festgelegte Zweidrittelmehrheit war damit allerdings nicht erreicht (vgl. Pelinka 1993: 69ff).

Für den Zeitraum zwischen Herbst 1978 und dem Frühjahr 1985 zeigt sich also deutlich, dass der Nationalrat ausgiebig zur Inszenierung von Konflikten zwischen den Großparteien genutzt wurde. Einstimmige Beschlüsse von Regierung und Opposition wie etwa beim Atomsperrgesetz wurden von heftigen Konfliktinszenierungen begleitet. Dieser Entwicklung liegen jene Muster der politischen Kultur zugrunde, die zu Zeiten der großen Koalition etabliert wurden. Während das weitere Vorgehen „hinter der Bühne“ ausverhandelt wurde oder wie im Fall des Atomsperrgesetzes wohl ohnehin für alle Beteiligten klar gewesen

19 Vgl. Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 67. Sitzung, 28.11.1985: 5757.

20 Josef Wille (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 83. Sitzung, 07.03.1985: 7336.

21 Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), ebenda: 7338f.

22 Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985: 7589.

23 Robert Graf (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 48. Sitzung, 24.05.1984: 3974.

24 Vgl. Robert Graf (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985: 7561.

25 Dieser hatte unterstützt durch die Sozialistische Jugend einen Vorzugsstimmenwahlkampf geführt, im Zuge dessen er sich klar gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf positioniert hatte (vgl. Sozialistische Jugend Österreichs 2013).

sein dürfte, wurden vor Publikum, in diesem Fall im Nationalrat, ritualisiert Konflikte ausgetragen, um sich gegenüber eigenen WählerInnengruppen zu profilieren (vgl. Gerlich/Pfefferle 2006: 506f). Dass alle im Nationalrat vertretenen Parteien wenige Monate vor einer Nationalratswahl einstimmig ein Konfliktthema von der Tagesordnung nahmen, lässt durchaus den Schluss zu, dass sich keine der beteiligten Fraktionen erwartete, vom negativen Ausgang des Volksentscheides zu profitieren.

Neben den konsensual gesetzten Schritten wurden zudem sowohl von der SPÖ als auch vonseiten der ÖVP wiederholt Positionen inszeniert, die im Falle einer Einigung einen gemeinsamen Kurswechsel ermöglicht hätten. Hier kann wiederum den SozialpartnerInnen eine besondere Rolle zugemessen werden: Während sich die jeweiligen Spitzenfunktionäre der Großparteien zum Zeitpunkt starker Konfliktinszenierung nicht entsprechend positionieren konnten beziehungsweise wollten, wurden diese Aufgaben von Vertretern der Interessensverbände übernommen.

Der nationale Konsens, der wie dargelegt im Jahr 1985 angestrebt wurde, kann in der Retrospektive als durchaus vielversprechend eingeschätzt werden. Sowohl für die beiden Regierungsparteien als auch für die ÖVP wurden Wege der Inszenierung eröffnet, die ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der Öffentlichkeit ermöglichten beziehungsweise diesem den Weg bereiteten. Die Aufhebung des Klubzwangs in Verbindung mit einer Gewissensentscheidung bot im Falle einer Einigung sowohl die Möglichkeit zur „Entpolitisierung“ in der Inszenierung als auch die Chance zur Wahrung des Gesichts aller Beteiligten. Vonseiten des Wirtschaftsbundes und Vertretern der Industrie wurden im Nationalrat bis 1985 wiederholt Positionen gestärkt, welche mit der SPÖ auf einer Linie lagen beziehungsweise als Reaktion auf das Entgegenkommen seitens dieser gelesen werden können. Letztlich muss also davon ausgegangen werden, dass eine Einigung mit der ÖVP gescheitert ist, da sich die Befürworter einer Inbetriebnahme innerhalb der ÖVP nicht gegenüber ihren Gegnern durchsetzen konnten. Anders gesprochen ist es nicht gelungen, den unter Josef Taus im Jahr 1978 festgelegten „Ja, aber“-Kurs aufzubereiten, während die an dieses „Aber“ geknüpften Bedingungen für die SPÖ nicht annehmbar waren. Aus der Sicherheitsgarantie durch den Bundeskanzler vom Sommer 1978 wurde schließlich die 1985 realpolitisch ebenso wenig gangbare Forderung einer gemeinsamen Regierungsvorlage durch die Kleine Koalition. Damit

wurde letztlich die Position aus dem Sommer 1978, welche unter Vorschub von Sicherheitsbedenken einen Beschluss durch die beiden Großparteien ausschloss, bis in die Mitte der 1980er-Jahre fortgeschrieben, obwohl diese Linie durchaus mit parteipolitischen und ökonomischen „Kosten“ verbunden war. Die Vermutung, dass bestimmende Kräfte in der ÖVP im März 1985 davon ausgingen, dass die SPÖ eine Einigung nach den jahrelangen Auseinandersetzungen für sich als Sieg verbuchen hätte können, während andernfalls beide Großparteien mehr oder minder gleich schlecht aus dem Debakel Zwentendorf ausstiegen, erscheint vor diesem Hintergrund mehr als plausibel.

6.4 (Re-)Inszenierungen der Kernenergie am Fallbeispiel grenznaher Kernkraftwerke

Die Debatte um das Atomsperrgesetz und den weiteren Umgang mit der Kernenergie in Österreich ging einher mit einem erheblichen Wandel der Positionen und Inszenierungen in mehreren Bereichen: So wurde die Kernenergie etwa in Verbindung mit den Anforderungen auf dem Energiesektor oder auch der gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeit ihrer Nutzung diskutiert, wobei die Positionen der einzelnen Parteien teils stark variierten. In der Folge wird am Beispiel der Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie im Ausland deutlich gemacht, wie groß der Handlungsspielraum der politischen Eliten im Bezug auf die Kernenergie zwischen 1978 und 1986 geblieben war.

Wie in Kapitel 3 dargelegt, hatte die IÖAG Mitte der 1970er-Jahre „Keine Kernkraftwerke an Österreichs Grenzen“ als eine ihrer vier Kernforderungen aufgestellt. Bereits der Umstand, dass sich dieses Thema als ein Moment der Debatte wiederfindet, kann also eindeutig als *agenda impact* der Anti-AKW-Bewegung bewertet werden.

Vonseiten der FPÖ wurde die Thematik in den ersten beiden Legislaturperioden des Untersuchungszeitraums, also in Opposition, dazu genutzt, die Regierung unter Druck zu setzen. Otto Scrinzi²⁶ etwa bemühte sich darum, aus dem Atomsperrgesetz eine „moralisch gefestigte“ Position im grenzüberschreiten-

26 Zu NS-Vergangenheit von Otto Scrinzi, seiner Rolle in der Reetablierung des Dritten Lagers sowie seiner Position innerhalb der FPÖ siehe: Wilhelm Lasek: Rechtsex-treme Funktionäre, Aktivisten und Ideologen. Online: http://www.doew.at/cms/download/b3c9m/lasek_funktionaere-5.pdf [17.04.2014]

den Auftreten gegen Atomenergie abzuleiten.²⁷ Andererseits forderte die FPÖ, die Regierung in internationalen Gremien zum Thema an eine ablehnende Position zu binden,²⁸ sowie den Abschluss von Abkommen zum Informationsaustausch bezüglich Nuklearanlagen mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.²⁹ Ähnlich versuchte die ÖVP die verantwortlichen Minister über das Interpellationsrecht immer wieder unter Druck zu setzen beziehungsweise zu öffentlichen Bekenntnissen hinsichtlich eines Auftretens gegen die Atomenergie im Ausland zu drängen, um die Regierung zu einer entsprechenden Position zu verpflichten.³⁰

Während es der Opposition in dieser Phase durchaus gelungen ist, die Regierung über die Thematisierung grenznaher Kernkraftwerke unter Druck zu setzen, versuchte diese wiederum ihre diesbezüglichen Aktivitäten als Erfolg zu verbuchen, wie etwa den erfolgreichen Abschluss eines Abkommens über Informationsaustausch im Störfall mit der ČSSR.³¹

Umso erstaunlicher gestaltet sich die Thematisierung von Kernkraftwerken entlang Österreichs Grenzen und anderswo vonseiten der SPÖ im Frühjahr 1985. So führt diese zum Beispiel Franz Köck, Zentralbetriebsrat bei der Österreichischen Donaukraftwerke AG, als Beweis für die Sicherheit der Kernkraft ins Feld:

Über 350 Kernkraftwerke rund um Österreich sind in der ganzen Welt heute in Betrieb, und überall hat sich bis heute nichts Katastrophales ergeben! Überall sind die Fragen der Sicherheit ordentlich gelöst worden, nirgends war ein Unfall zu ersehen, sodaß sich für uns die Frage ergibt, warum wir heute und hier überhaupt über Fragen der Sicherheit noch diskutieren müssen, wo wir doch genau wissen, daß wir in Österreich alles getan haben und mehr getan haben, als in anderen Ländern geschehen ist, um die Sicherheit des Kernkraftwerks in bestmöglicher Weise zu garantieren.³²

27 Vgl. Otto Scrinzi (FPÖ), STPNRÖ, XIV. GP, 108. Sitzung, 28.11.1978: 10780f.

28 Vgl. Friedhelm Frischenschlager (FPÖ), STPNRÖ, 133. Sitzung, 01.12.1982: 13529f.

29 Vgl. Gerulf Stix (FPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 9. Sitzung, 07.07.1983: 526f.

30 Vgl. Wolfgang Blenk (ÖVP), STPNRÖ, XIV. GP, 118. Sitzung, 25.01.1979: 11953f.

31 Vgl. Walter Nedwed (SPÖ), STPNRÖ, XV. GP, 148. Sitzung, 02.03.1983: 15288.

32 Franz Köck (SPÖ), STPNRÖ, XVI. GP, 85. Sitzung, 21.03.1985: 7619.

Vonseiten der ÖVP betont der spätere Klubobmann Friedrich König, dass sich Österreich nicht vor der internationalen Entwicklung verschließen könne, schließlich sei man „bei der Lösung der Probleme nicht dümmmer [...] als etwa unser Nachbarvolk, die Schweiz“.³³

Der hier dargelegte Positionswechsel verdeutlicht exemplarisch, dass die Sinnstiftungen und Bedeutungskonstruktionen ebenso wie die Strategien zur Legitimierung rund um die Kernenergie in den Jahren 1978 bis 1986 einem erheblichen Wandel unterlagen. In Bezug auf den neuerlichen Versuch der Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf über einen „nationalen Konsens“ wird deutlich, dass es sich hierbei keineswegs nur um einen letzten, angesichts der öffentlichen Meinung eher aussichtslosen Versuch von einigen wenigen BefürworterInnen der Kernkraft in den Reihen der SPÖ gehandelt hat. Ganz im Gegenteil bestätigen die Umfrageergebnisse für die erste Hälfte der 1980er-Jahre einen klaren Meinungswechsel hin zur Befürwortung der Kernenergie in Österreich. Die Großparteien suchten also nach einer Lösung für das „Problem Zwentendorf“, und die Kernenergie wurde entsprechend neu besetzt. Es finden sich keine Belege dafür, dass die Anti-AKW-Bewegung beziehungsweise -Szene diese Entwicklungen in einer breiten Öffentlichkeit thematisieren geschweige denn beeinflussen konnte. Letztlich scheint also das parteipolitische Scheitern den Ausschlag für die Nichtinbetriebnahme des AKW Zwentendorf im Frühjahr 1985 gegeben zu haben.

7. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

Die Positionierungen zur Kernenergie zwischen Herbst 1978 und Frühjahr 1986 liefern ein sehr ambivalentes Bild. Es zeigt sich eine gewisse Konzentration der Thematik für den Anfang des Untersuchungszeitraums, der ganz im Zeichen der Anerkennung der Volksabstimmung und des Atomsperrgesetzes steht. Die Technologievorstellungen rund um die Kernenergie, die hier zur Sprache gekommen sind, sind, wie am Beispiel von grenznahen Reaktoren deutlich gemacht wurde, überwiegend kritisch, darüber hinaus wird Österreich in ersten Ansätzen als Nation von KernkraftkritikerInnen inszeniert. Überraschenderweise zeichnet sich für die zweite Hälfte des Untersuchungszeitraums, insbesondere gegen dessen Ende, ein relativ

33 Friedrich König (ÖVP), STPNRÖ, XVI. GP, 81. Sitzung, 06.03.1985: 7256.

konträres Bild. Der SPÖ ist es beispielsweise gelungen, ein vormals klar von AtomkraftgegnerInnen dominiertes Thema deutlich für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf zu besetzen, während sich die Zustimmung in der Bevölkerung eindeutig zugunsten einer Mehrheit entwickelte. Ein ähnlicher Trend konnte auch für andere Themenbereiche nachgewiesen werden, eine ausführliche Diskussion würde allerdings den vorliegenden Rahmen überschreiten (vgl. Bayer 2013: 66-122). Nach der gescheiterten Abstimmung über eine neuerliche Volksabstimmung im Frühjahr 1985 galt Zwentendorf endgültig als gescheitertes Großprojekt, die Verantwortlichen rückten das Thema in den Hintergrund oder übten sich in Schuldzuweisungen.

Umso überraschender ist die prompte Kehrtwendung führender politischer Repräsentanten, die sich Anfang Mai 1986 mit dem Bekanntwerden des Ausmaßes der Katastrophe in Tschernobyl vollzog. Innerhalb weniger Tage sprachen sich die Präsidentschaftskandidaten Kurt Steyrer und Kurt Waldheim, der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk sowie sein Vize Erhard Busek und schließlich auch Bundeskanzler Sinowatz klar für ein endgültiges Ende des Projekts Zwentendorf aus (vgl. Kuchler 2012b: 258f). Das Unglück in Tschernobyl markiert mit diesen Positionierungen das Ende der Kernenergiekontroverse in Österreich (vgl. Lackner 2000: 224) und bildet den Anfangspunkt der Mythenbildung um die eigene Geschichte der Nutzung der Kernenergie. Konnten sich die beiden Großparteien und die FPÖ wie oben erläutert nach dem März 1985 allesamt nicht mehr in der Debatte um die Atomenergie auf Kosten ihrer Konkurrenz profilieren, so bot sich nunmehr ein externes Ereignis, das eine Neuverortung über die Inszenierung einer besonderen Position der österreichischen Nation ermöglichte.

8. Schlussbemerkung

In abschließender Betrachtung des gescheiterten Implementierungs- und Aneignungsprozesses der Kernenergie in Österreich lässt sich also festhalten, dass sich dieser bis Mitte der 1970er-Jahre mehr oder weniger reibungslos vollzog. Die Entscheidung für die Einführung der Kernenergie, den Bau von Kernkraftwerken und die Umsetzung des Kraftwerksprojekts in Zwentendorf wurde von führenden Proponenten des Parteien- und Verbändestaates in Kooperation mit den Wissenschaften und der E-Wirtschaft durchgesetzt. Dabei galt die Kernenergie als fortschrittliche Zukunftstechnologie, der eine breite Mehrheit der

österreichischen Bevölkerung positiv bis gleichgültig gegenüberstand.

Im Laufe der 1970er-Jahre entwickelte sich aus lokalen Protesten langsam eine österreichweite Widerstandsbewegung gegen die Atomenergie. LebensschützerInnen, NaturschützerInnen ebenso wie linke AktivistInnen und einzelne ExpertInnen aus unterschiedlichen Bereichen der Wissenschaften engagierten sich unter stark anwachsender Beteiligung der Bevölkerung gegen die Atomenergie in Österreich und schließlich insbesondere gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Die zentrale Rolle der österreichischen Anti-AKW-Bewegung besteht darin, dass es ihr zu einem entscheidenden Zeitpunkt gelungen ist, die Frage der Atomenergie auf die politische Tagesordnung zu setzen. Durch eine Thematisierung über einen längeren Zeitraum hinweg und die geschickte Instrumentalisierung der Regierungskampagne Kernenergie erlangte die Problematik ausreichend Aufmerksamkeit, um von den etablierten politischen Parteien als wichtiges Feld der Konfliktaustragung erkannt und genutzt zu werden. In Hinblick auf die Erforschung sozialer Bewegungen lassen sich also mehrere Ergebnisse der ausgeführten Überlegungen festhalten:

Erstens ist dem Befund von Felix Kolb über die österreichische Anti-AKW-Bewegung hinsichtlich ihres *impacts* im Bereich *agenda setting* zuzustimmen, ebenso seinem Hinweis auf die große Bedeutung der parteipolitischen Auseinandersetzung.

Zudem konnte gezeigt werden, dass durch eine tiefere historische Analyse des Verhältnisses einzelner Faktoren bessere Kenntnis über deren spezifisches Zusammenwirken im nationalen Kontext der untersuchten Bewegung erlangt werden kann. So konnte beispielsweise die Bedeutung der Mobilisierung für das Ergebnis der Volksabstimmung beziehungsweise deren Zusammenwirken mit der Nichtpositionierung der ÖVP genauer herausgearbeitet werden. Ebenso deutet die Analyse der stenographischen Protokolle des Nationalrats darauf hin, dass die gescheiterte Revision des Atomsperrgesetzes nahezu ausschließlich der parteipolitischen Auseinandersetzung geschuldet ist. Es kann nicht von einem *implementation impact* der Anti-AKW-Bewegung gesprochen werden, wenn wir die parlamentarischen Ereignisse bis in den März 1985 hinein miteinbeziehen. Die Anti-AKW-Bewegung war mit der Volksabstimmung von der Bildfläche verschwunden, weder die Ausgestaltung des Atomsperrgesetzes noch der weitere Verlauf der andauernden Auseinandersetzung

um die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf konnte wesentlich beeinflusst werden.

Weiters kann in Bezug auf die Möglichkeiten der Interessensvertretung und -vermittlung als politische Gelegenheitsstruktur für soziale Bewegungen festgehalten werden, dass die SozialpartnerInnen sich besonders widersprüchlich auf die Anti-AKW-Bewegung ausgewirkt hat. Wie in Kapitel 3 festgehalten wurde, wirkte das geschlossene Auftreten von Regierung und SozialpartnerInnen zunächst förderlich für den Zusammenhalt der politisch sehr heterogenen Anti-AKW-Szene. Allerdings konnten die SozialpartnerInnen ihre Rolle als Interessensvertretung auch nach den Massenmobilisierungen wahrnehmen. Sie wurden als solche etwa nicht längerfristig von BewegungsakteurInnen herausgefordert und erwiesen sich diesen und ihren Forderungen gegenüber als geschlossen. Wie die Analyse der Nationalratsdebatten zeigt, spielten gerade die SozialpartnerInnen im weiteren Verlauf eine entscheidende VermittlerInnenrolle für eine angestrebte Revision des Atomsperrgesetzes.

Für die Formierung des österreichischen Anti-AKW-Konsenses kann festgehalten werden, dass diese eher als top-down-Prozess zu betrachten ist: Die Anti-AKW-Szene konnte nach 1978 kaum mehr auf die Positionen im Parteien- und Verbändestaat Einfluss nehmen. Waren die Mobilisierungen hinsichtlich der Volksabstimmung noch einigermaßen erfolgreich, weil sich ein günstiges Zusammenwirken mit der Agitation der beiden Großparteien ergab, bestimmten ebendiese ab 1978 wie gewohnt die öffentliche Diskussion, was sich beispielsweise in den positiven Umfrageergebnissen Mitte der 1980er-Jahre niederschlug. Der Narrativ einer Anti-AKW-Bewegung, die ein „atomfreies Österreich“ im Sinne eines *public goods impact* erkämpft habe, ist damit nicht zu halten.

Auffallend ist dabei, dass der Parteipolitik, trotz massenhafter Mobilisierung gegen die Atomenergie in den Jahren zuvor, relativ große Spielräume für die Besetzung des Themas blieben. So wurde die Atomkraft direkt nach der Volksabstimmung weitgehend negativ besetzt und mittels Atomsperrgesetz konsensual aus der Tagespolitik und somit dem kommenden Wahlkampf herausgenommen. Wenige Jahre später erschien eine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf für die SPÖ immerhin wieder als tatsächliche Option, die Chance auf eine Einigung mit der ÖVP wurde durchaus begründet als vorhanden gesehen. Diese Phase der Neuverhandlung der Atomfrage ging dabei mit einer Reinterpretation der Atomkraft als sichere und

fortschrittliche Zukunftstechnologie einher. Zentrale Forderungen der Anti-AKW-Bewegung und Momente des heutigen Anti-AKW-Konsenses, wie etwa die Thematisierung von grenznahen Kernkraftwerken, dienten zu diesem Zeitpunkt wieder als Referenz für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. Ebenso wurde die technische Beherrschbarkeit des Risikos durch Vertreter beider Großparteien im Nationalrat bekundet. Die beiden Großparteien mussten im Falle einer neuerlichen Volksabstimmung mit einer Reaktivierung der Anti-AKW-Szene rechnen. Dennoch schien das Vertrauen in die Mobilisierungskraft der beiden Großparteien ungebrochen, allerdings nur sofern eine Einigung in dieser Frage erzielt würde.

Für das Verhältnis der Anti-AKW-Bewegung zum Umgang mit der Atomenergie in Österreich seit dem April 1986 bedeutet dies vor allem zweierlei: Wie eingangs erläutert, wird oftmals eine direkte, argumentative Kausalkette vom Anti-AKW-Protest über die Volksabstimmung hin zu einer breit und konsensual getragenen Ablehnung der Kernenergie in Anspruch genommen. Eine detaillierte Bewertung der einzelnen Aspekte dieser Entwicklung zeigt allerdings sehr deutlich, dass derartige Narrative nicht zu halten sind und vielmehr dazu dienen, die nationale Gemeinschaft von AtomkraftkritikerInnen heraufzubeschwören.

Zweitens bestehen ausreichend Gründe zu der Annahme, dass ebendiese Geschichtsbilder und Mythologisierungen sowie die von Ulrike Felt beschriebenen *sociotechnical imaginaries* in der österreichischen Gesellschaft sehr viel stärker durch den Parteien- und Verbändestaat geprägt wurden und werden, als dies gemeinhin angenommen wird. Wesentliche Motive und Narrative, die im Bezug auf die Ablehnung der Kernenergie in Österreich bemüht werden, konnten auf Inszenierungen der Parteien im Nationalrat zurückgeführt werden. Dies betrifft unter anderem die tief im kollektiven Gedächtnis verankerte Verklärung, Kreisky habe das knappe Nein-Ergebnis bei der Volksabstimmung mit seiner Aussage wenige Tage zuvor „verpolitisiert“ und damit persönlich zu verantworten. Ähnliches gilt für das allgegenwärtige Motiv einer besonderen moralischen Position Österreichs in dieser Frage.

Offen zutage tritt dabei, dass die Ablehnung von Atomenergie stark an die Mitte der 1980er-Jahre unter anderem durch die Waldheimaffäre ins Wanken geratene nationale Identität gekoppelt wurde und wird. Die Auseinandersetzungen um grenznahe Kernkraftwerke in den 1990er-Jahren, welche eine eingeschränkte

Reaktivierung der Anti-AKW-Szene mit sich brachten, können als Ausdruck der genannten Aspekte gesehen werden. Die Rede von einer „fortschrittlichen Position zum Thema Kernkraft in Österreich“ muss auf Basis dessen jedenfalls grundsätzlich in Zweifel gezogen werden.

Anhang: Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. November 1978

Tabelle 1: Ergebnis der Volksabstimmung laut BMI

Bundesland	Stimmberechtigte	Gültige Stimmen	Ja Stimmen	Nein Stimmen	Ja in %	Nein in %
Burgenland	187.879	124.384	74.377	50.007	59,8	40,2
Kärnten	355.219	217.911	117.841	100.070	54,1	45,9
Niederösterreich	964.048	672.154	341.831	330.323	50,9	49,1
Oberösterreich	809.904	537.965	254.337	283.628	47,2	52,8
Salzburg	277.141	165.523	71.576	93.947	43,3	56,7
Steiermark	793.746	452.423	238.851	213.572	52,8	47,2
Tirol	355.164	156.160	53.357	102.803	34,2	65,8
Vorarlberg	169.065	126.779	19.731	107.048	15,6	84,4
Wien	1.171.613	730.187	404.808	325.379	55,4	44,6
Gesamt	5.083.779	3.183.486	1.576.709	1.606.777	49,5	50,5

Literatur

- Amenta, E./Caren, N./Chiarello, E./Su, Y. (2010): The Political Consequences of Social Movements. *Annual Review of Sociology*, 36, 287-307.
- Bayer, F. (2013): *Politische Kultur, nationale Identität und Atomenergie. Die österreichische Kernenergiekontroverse von 1978 bis 1986 im Lichte des Nationalrats*. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Brandstätter, L./Grosser, M./Wethner, H. (1984): Die Anti-AKW-Bewegung in Österreich. In: Katzmann, W. (Hg.): *Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich*. Wien: Junius.
- Breuss, S./Liebhart, K./Pribersky, A. (1995): Österreichische Identität(en) am Beispiel von „Landschaft“. In: Wodak, R./Meyer, M. (Hg.): *Nationale und kulturelle Identitäten Österreichs. Theorien, Methoden und Probleme der Forschung zu kollektiver Identität*, Wien: IFK, 34-47.
- Bundesministerium für Inneres (2013): Alle Volksbegehren der zweiten Republik. Online: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/Alle_Volksbegehren.aspx [30.08.2013]
- della Porta, D./Diani, M. (2010): *Social Movements. An Introduction*. Malden, MA: Blackwell.
- Demokratiezentrum (2013): *Das Atomkraftwerk Zwentendorf: Bau, Proteste, Volksabstimmung*. Online: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/das-atomkraftwerk-zwentendorf.html> [30.08.2013].
- Die Meinungsentwicklung zur Kernkraftfrage (1979): *Journal für angewandte Sozialforschung*, 19 (3), 1-18.
- Eisenhower, D. D. (1953): *Atoms for Peace*. Rede vor der 470. Plenarsitzung der U.N. Generalversammlung in New York. Online: http://www.iaea.org/About/atomsforpeace_speech.html [30.08.2013].
- Felt, U. (2013): Keeping Technologies Out: Sociotechnical imaginaries and formation of national technopolitical identity. Manuskript für den Sammelband Jasanoff, S./Kim, S.-H.: *Dreamscapes of Modernity*.
- Foltin, R. (2004): *Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich*. Wien: Edition Grundrisse. Online: <http://sciencestudies.univie.ac.at/publications> [30.08.2013]
- Forstner, C. (2012): Zur Geschichte der österreichischen Kernenergieprogramme. In: Fengler, S./Sachse, C. (Hg.): *Kernforschung in Österreich. Wandlungen eines interdisziplinären Forschungsfeldes 1900-1978*. Wien, Köln und Weimar: Böhlau, 159-180.
- Gehler, M. (2006): Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945-2005). In: Dachs, H./Gerlich, P./Gottweis, H./Kramer, H./Lauber, V./Müller, W. C./Tálos, E. (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien: Manz, 35-52.

- Giugni, M. (2007): Useless Protest? A Time-Series Analysis of the Policy Outcomes of Ecology, Antinuclear, and Peace Movements in the United States, 1977-1995. *Mobilization*, 12 (1), 53-77.
- Halbrainer, H./Murlasits, E./Schönfelder, S. (Hg.): (2008). *Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf! 30 Jahre danach*. Weitra: Bibliothek der Provinz.
- Hård, M./Jamison, A. (2005): *Hubris and Hybrids: A Cultural History of Technology and Science*. New York und London: Routledge.
- Hecht, G. (1998): *The radiance of France. Nuclear power and national identity after World War II*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner (Hg.) (1976): *Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?* Wien.
- Kitschelt, H. (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-nuclear Movements in Four Democracies. *British Journal of Political Science*, 16 (1), 57-85.
- Kitzmüller, E. (1979): Österreich – Verspäteter Atomzwerg oder nicht-atomarer Anfänger. In: Mez, L. (Hg.): *Der Atomkonflikt. Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegungen im internationalen Vergleich*. Berlin: Olle & Wolter, 221-228, 246-260.
- Kok, F. (1991): *Politik der Elektrizitätswirtschaft in Österreich. Vom Wachstumskonsens zur Krise*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Kolb, F. (2007): *Protest and Opportunities: The Political Outcomes of Social Movements*. Frankfurt/M.: Campus.
- Knoll, R./Mayer, A. (1976): *Österreichische Konsensdemokratie in Theorie und Praxis. Staat, Interessensverbände, Parteien und die politische Wirklichkeit*. Wien, Köln, Graz: Böhlau.
- Kriechbaumer, R. (2004): *Die Ära Kreisky: Österreich 1970-1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.
- Krige, J. (2006a): *American Hegemony and the Postwar Reconstruction of Science in Europe*. Cambridge, MA/London: MIT Press.
- Krige, J. (2006b): Atoms for Peace, Scientific Internationalism, and Scientific Intelligence. In: Krige, J./Barth, K.-H. (Hg.): *Global Power Knowledge. Science and Technology in International Affairs*. Chicago: Univ. of Chicago Press, 161-181.
- Kuchler, A. (2012a): Das Atomzeitalter erreicht Österreich (1950-1970). In: Rathkolb, O./Hufschmied, R./Kuchler, A./Leidinger, H. (Hg.): *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*. Wien: Kremayr & Scheriau, 218-225.
- Kuchler, A. (2012b): Die Entwicklung der Wasserkraft zwischen Tschernobyl und der Liberalisierung. In: Rathkolb, O./Hufschmied, R./Kuchler, A./Leidinger, H. (Hg.): *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*. Wien: Kremayr & Scheriau, 257-264.
- Kuchler, A. (2012c): Zwentendorf (1968-1986). In: Rathkolb, O./Hufschmied, R./Kuchler, A./Leidinger, H. (Hg.): *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*. Wien: Kremayr & Scheriau, 233-244.
- Lackner, H. (2000): Von Seibersdorf bis Zwentendorf. Die ‚friedliche Nutzung der Atomenergie‘ als Leitbild der Energiepolitik in Österreich. *Blätter für Technikgeschichte*, 62, 201-226.
- Lehmbruch, G. (1967): Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. In: *Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart* (Bd. 335/336). Tübingen: Mohr.
- Moosbrugger, S. (2012): *Das strahlenrechtliche Bewilligungsverfahren Zwentendorf im Spiegel des internationalen Atomzeitalters und der politischen Kultur Österreichs*. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Müller, W. C. (1995): Das Regierungssystem 1966-1970: politische Kräfteverhältnisse, Dynamik und Konsequenzen. In: Kriechbaumer, R./Schausberger, F./Weinberger, H. (Hg.): *Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus*. Salzburg: IT-Verl., 119-138.
- Natter, B. (1987): Die ‚Bürger‘ versus die ‚Mächtigen‘ – Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg. In: Pelinka, A. (Hg.): *Populismus in Österreich*. Wien: Junius, 151-170.
- Nowotny, H. (1979): *Kernenergie: Anatomie eines Konflikts*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Pelinka, A. (1993): *Die kleine Koalition. SPÖ – FPÖ 1983-1986*. Wien, Köln, Graz: Böhlau.
- Pelinka, A. (1996): Von der Funktionalität von Tabus. Zu den ‚Lebenslügen‘ der Zweiten Republik. In: Kos, W./Rigele, G. (Hg.): *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*. Wien: Sonderzahl.
- Pelinka, A./Gottweis, H./Campbell, D. (1998): 1978: Volksabstimmung Zwentendorf. In: Forum Politische Bildung (Hg.): *Wendepunkte und Kontinuitäten. Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte*. Innsbruck und Wien: Studien-Verl., 162-175.
- Preglau, M. (1994): The State and the Anti-nuclear Power Movement in Austria. In: Flam, H. (Hg.): *States and anti-nuclear movements*. Edinburgh: Edinburgh Univ. Press, 37-69.
- Rathkolb, O. (1997): Bruno Kreisky aus der Sicht der Zeitgeschichteforschung. In: Gatty W./Schmid G./Steiner, M./Wiesinger, D. (Hg.): *Die Ära Kreisky. Österreich im Wandel 1970 bis 1983*. Innsbruck und Wien: Studien-Verl., 125-138.
- Rathkolb, O. (2006): *Die Paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*. Wien: Zsolnay.
- Rathkolb, O. (2012): NS-Erbe, Wiederaufbau, Marshallplan und das ‚weiße Gold‘ in den europäischen Netzwerken. In: Rathkolb, O./Hufschmied, R./Kuchler, A./Leidinger, H. (Hg.): *Wasserkraft – Elektrizität – Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*. Wien: Kremayr & Scheriau, 187-206.

- Reiter, W. L./Schurawitzki, M. (2005): Über Brüche hinweg
Kontinuität. Physik und Chemie an der Universität
Wien nach 1945 – eine erste Annäherung. In: Grandner,
M./Heiss, G./Rathkolb, O. (Hg.): *Zukunft mit Altlasten.
Die Universität Wien 1945-1945*. Innsbruck, Bozen und
Wien: Studien-Verl., 236-259.
- Rucht, Dieter (1995), The impact of anti-nuclear power move-
ments in international comparison. In: Bauer, M. (Hg.):
Resistance to new technology, Cambridge: Cambridge
University Press, 277-291.
- Schefbeck, G. (2006): Das Parlament. In: Dachs, H./Gerlich,
P./Gottweis, H./Kramer, H./Lauber, V./Müller, W. C./Tá-
los, E. (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien:
Manz, 139-167.
- Schmidt, K. (2007): *Die Kernenergie-Debatte in Österreich.
Analyse der politischen Auseinandersetzungen von
Zwentendorf über Tschernobyl bis heute*. Diplomarbeit,
Universität Wien.
- Sozialistische Jugend Österreichs (2013): Geschichte: Repo-
litisierung. Vorzugsstimmen-Kampagne für Josef Cap.
Online: [http://www.sjoe.at/content/oest/sozjugend/ge-
schichte/sjoe/repol/article/153.html](http://www.sjoe.at/content/oest/sozjugend/ge-
schichte/sjoe/repol/article/153.html) [30.08.2013]
- Stifter, G. (2006): *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970-1983*. Inns-
bruck, Wien und Bozen: Studien-Verl.
- Straubinger, J. (2009): *Sehnsucht Natur: Ökologisierung des
Denkens*. Norderstedt: Books on Demand.
- Strohmeier, G. (2004): „Umwelt“: Österreichische Mythen,
Topoi und Erinnerungen. Die Gedächtnisorte „Zwen-
tendorf“, „Hainburg“ und „das Waldsterben“. In: Brix,
E./Bruckmüller, E./Stekl, H. (Hg.): *Memoria Austriae I.
Menschen, Mythen, Zeiten*. Wien: Verlag f. Geschichte
und Politik, 357-391.
- Svoboda, W. (1998): *Sandkastenspiele. Eine Geschichte linker
Radikalität in den 70er Jahren*. Wien: Promedia.
- Tálos, E. (1995): Der Sozialstaat – Vom ‚goldenen Zeitalter‘
zur Krise. In: Sieder, R./Steinert, H./Tálos, E. (Hg.): *Ös-
terreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur*. Wien:
Verl. für Gesellschaftskritik, 537-551.
- Tollmann, A. (1983): *Desaster Zwentendorf*. Wien: Eigenverl.
- Weingand, H.-P. (1995): Industriedenkmal Zwentendorf.
Zum Wandel von Technikbewusstsein in Österreich. In:
Piltzner, K. (Hg.): *Technik – Politik – Identität. Funktio-
nalisierung von Technik für die Ausbildung regionaler, so-
zialer und nationaler Selbstbilder in Österreich*. Stuttgart:
Verl. für die Geschichte der Naturwissenschaften und
der Technik, 189-200.
- Weish, P. (1998): *20 Jahre nach Zwentendorf*. Online: [http://
homepage.univie.ac.at/~weishp4/schriften/zwenten-
dorf_20_jahre.pdf](http://
homepage.univie.ac.at/~weishp4/schriften/zwenten-
dorf_20_jahre.pdf) [02.10.2013]